

## **Den Casino-Kapitalismus überwinden**

### **Der Marktfundamentalismus ist gescheitert und „Plünderung“ kein tragfähiges Geschäftsmodell**

Der internationale Protest sollte aktiv bleiben  
bis endlich Erfolge in der Neuordnung der Finanzmärkte erreicht sind  
und darauf aufbauend die Kernfragen bezüglich einer besseren und gerechteren  
weltweiten Ordnung der Verhältnisse in Angriff genommen werden können.  
Eine nachhaltige Entwicklung ist noch möglich.

## Der Ausgangspunkt

Jahrzehntelang hat sich die westliche Politik, beginnend mit dem historischen „Sieg“ über den Kommunismus, der immer vehementer vorgetragenen Philosophie der „freien Märkte“ als Letztinstanz und adäquater Regulierungsstruktur für immer mehr Bereiche des Lebens hingegeben. Die Devise hieß TINA: There is no Alternative. Diese Devise ist falsch. Es gibt immer Alternativen. Es gibt aber auch starke Interessen, die vom Status Quo profitieren und die derartige Alternativen mit aller Macht verhindern wollen.

Zugegebenermaßen wurde über die Entfaltung der Marktkräfte im Rahmen der Globalisierung vieles erreicht, z. B. in China und Indien, aber teils um einen hohen Preis. Das System ist heute extrem überschuldet. Und die zunehmende Bedrohung der Umwelt- und Ressourcenbasis kann bei weiteren Fehlern zur Folge haben, dass die als Zusage verbrieften Leistungsversprechen wie die in Breite bestehenden Forderungen an die Zukunft nie werden eingelöst werden können.

Hinzu kommt, dass sich die soziale Balance in den letzten Jahren vielerorts deutlich verschlechtert hat. Das Klima zwischen den Menschen wurde rauer, viele Menschen sind wegen der Entwicklung verbittert. In vielen entwickelten Ländern haben sich große Niedriglohnssektoren und prekäre Arbeitsverhältnisse ausgebreitet, während die Steuern für die großen Gewinner dieser Prozesse ständig gesenkt wurden. In anderen Teilen der Welt wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Am Ende stellt sich die Frage – wofür das alles? Erfolge ja, aber viel zu oft auch nur Scheinerfolge, dazu viele Halbwahrheiten, viele „Mogelpackungen“, massive Umweltbelastung, überzogener Ressourcenverbrauch und Klimaproblematik, Hunger und Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen, Umverteilung von unten nach oben, „Entleerung“ der Demokratie, legalisierte und nichtlegale Steuerhinterziehung, Verdeckung von Eigentums- und Gewinnmitnahmestrukturen gemäß der Devise: Off-shore, Off-sheet. Es ist ein Skandal, dass weltweit die höchsten Gewinnmitnahmen mit den geringsten Steuern belastet sind.

Und jetzt kommt zu alledem noch die Finanz- und Eurokrise dazu. Nach unglaublichen, in der Sache durch nichts begründeten Gewinnmitnahmen Weniger, folgt jetzt die Sozialisierung der Verluste. Und dies passiert zu Lasten ohnehin schon hochverschuldeter Staaten, denen von interessierten Kreisen in manchen Fällen zu Recht, oft aber auch zu Unrecht, Ineffizienz, Selbstbedienung, Disziplinlosigkeit und ein Zuviel an sozialen Wohltaten vorgeworfen wird, während diese Staaten gleichzeitig in der Folge über Spekulation gegen ihre Währungen und gezielte Ratinganpassungen ein weiteres Mal ausgeplündert werden. Die Opfer dieser Prozesse sind wieder die Menschen in großer Breite.

Der internationale Protest hat die Verlogenheit und das hohe Gefährdungspotenzial Casinokapitalistischer Verhältnisse erkannt und hält endlich dagegen, hoffentlich mit Erfolg.

## **Die weitgehende Hilflosigkeit des einzelnen Staates – Supranationale Koordinierung (Governance) als Antwort**

In einem global immer schneller agierenden Casino-Kapitalismus wird überall und immer schneller spekuliert, kreativ gestaltet, vermarktet und manipuliert. Der Nationalstaat ist als Einzelner der Macht des Finanzsektors relativ machtlos ausgeliefert. Und der immer noch stärkste Staat, die USA, wirkt wie ferngesteuert durch das Finanzkapital. Die EU ist in der Regel zu uneinig, um kraftvoll agieren zu können und die notwendige supranationale Kooperation auf UN- oder z. B. G-20-Ebene ist bisher wegen gravierender Interessenunterschiede nicht gelungen. Eine Sonderrolle nehmen dabei immer wieder die USA, häufig auch Großbritannien, ein.

Was wäre als Alternative zu dem nichtakzeptablen Status quo stattdessen zu leisten? Die Politik muss Pflöcke einschlagen, muss die Macht des Finanzsektors- und des Schattenbankensystems brechen, muss nachhaltigkeitsadäquate Leitplanken für globale Märkte durchsetzen. Diese müssen geeignet sein, die aktuelle Krise zu überwinden und allen Menschen sowie zukünftigen Generationen eine Wohlstandsperspektive ermöglichen – in Übereinstimmung mit der ökologischen Tragfähigkeit in weltweiter sozialer Balance. Es geht also um die voll umfängliche Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, statt immer nur darüber zu reden. Die Durchsetzung der Millenniumsentwicklungsziele, die im Rahmen der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 von 192 Staatschefs unterschrieben wurde, gehört als Minimum dazu, wie das die Global Marshall Plan Initiative von Anfang an immer wieder gefordert hat.

Von abgestimmter Umwelt- und Klimapolitik bis zu einem Weltsozialminimum, von der Besteuerung globaler Transaktionen bis zur Isolierung bzw. Verunmöglichung von Finanz- und Steuerparadiesen sind endlich zukunftsfähige Lösungen erforderlich. Off-shore, off-sheet muss ein Ende haben. Eine Einigung auf ein solches Programm wird Querfinanzierungs-Transfers von den reichen Teilen der Welt zu sich entwickelnden Teilen der Welt im Sinne eines weltweiten Marshall Plans beinhalten müssen, im Gegenzug können endlich gemeinsame Schutzstandards für die Umwelt und das Soziale durchgesetzt werden. Ziel ist dabei eine „Ordnung der Balance“ und der Fairness in den Märkten. Das Geld- und Kreditsystem soll dabei wieder primär eine „dienende“ Rolle übernehmen. Substanzielle Renditen im Finanzsektor sollten nur in Form einer fairen Partizipation an ermöglichten Renditen in der Realökonomie erreichbar sein.

Markt + Nachhaltigkeit = weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.

## Das Neue – der internationale Protest

Nun ist eine neue Situation entstanden. Der erstmals **global zeitgleiche Protest** in fast allen Staaten der G-20 und darüber hinaus schafft erstmals eine gemeinsame internationale Öffentlichkeit und einen partizipatorischen Prozess, als Teilersatz des institutionell fehlenden welt demokratischen Prozesses zum Umgang mit den aufgeworfenen Themen. Diejenigen, die jetzt protestieren, sind in ihrem systemischen Denken und der supranationalen Orientierung oft schon weiter als die immer noch primär national argumentierende Politik. Tatsächlich sind die wesentlichen Fragen heute globaler Natur. Wie schon auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise besteht auch heute wieder in jedem Land politischer Handlungsdruck in eine ähnliche Richtung. In dieser Gemeinsamkeit liegt aktuell eine Chance zur Überwindung der Handlungsblockaden im Kontext einer bisher inadäquaten supranationalen Koordinierung, die endlich zugunsten der großen Mehrheit der Menschen ausgestaltet werden soll. In gemeinsamer weltweiter Abstimmung, in Reflektion der Anliegen der Menschen in ihrer großen Mehrheit, kann die Politik in einer zu erwartenden harten Auseinandersetzung mit den Profiteuren des Status quo und ihren mächtigen Lobbystrukturen hoffentlich den erforderlichen Neuanfang koordinieren.

## Bausteine erforderlicher Veränderungen

*Hinweis: Nachfolgend werden Bausteine für erforderliche Veränderungen aufgeführt, die von einer Gruppe einschlägiger Organisationen der Zivilgesellschaft und vieler Einzelpersonen zusammengestellt wurden. Sie betreffen den Finanzsektor als aktuell dominantes Thema, die Realökonomie als langfristig wichtigste Frage und zusätzlich auch Hinweise für erforderliche Schritte in Europa bzw. in der Eurozone. Die verschiedenen Vorschläge sind weitgehend zu spezifischen Programmen kombinier- und kalibrierbar, weil sie alle aus einer ökosozialen Sicht Sinn machen und insofern im Rahmen eines „Puzzles“ miteinander verknüpft werden können.*

### 1. Finanzsektor

Den Finanzsektor in die Schranken weisen

(Die Ordnung unserer Zivilisation kommt von den Menschen und nicht aus dem Finanzsektor)

Die Eigentumsstruktur im Finanzsektor muss bei Verlusten haften

(Eigenkapitalbasis muss gemeinwohlverträglicher erhöht werden; keine Sozialisierung von Verlusten)

Herstellung von Transparenz

(Transparenz aller Prozesse mit Finanzcharakter / Verbot von „Over the Counter-Geschäften“, „TÜV“ und Grundbuch für Finanzprodukte und/oder Finanzmarktakteure; Genehmigungspflicht für neue Produkte)

### „Too big to fail“ im Finanzsektor ausschließen

(Banken und Finanzinstitutionen müssen, wo erforderlich, über Aufteilung gemeinwohlverträglich re-dimensioniert werden)

### Besteuerung aller Finanzgeschäfte, insbesondere Finanztransaktionen

(Transaktionssteuer/Devisensteuer/Steuer auf den Handel mit strukturierten Produkten)

### Produktsteuer für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer

(eine Steuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten / Geldschöpfung insbesondere für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer / Leverage Money Tax / Schwelgeldsteuer, auch als Ersatz für die Umsatzsteuer)

### Besteuerung gehebelter spekulativer Investments

(generell muss die relative Zinsbelastung in der Realökonomie günstiger sein als bei spekulativen Aktivitäten ohne direkten Bezug zur Realökonomie)

### Abschaffen / Transformation des Schattenbankensystems

(Regulierung und Transparenz bzw. Verbot heutiger grauer Finanzmärkte)

### „Einhegung“ Rating-Agenturen

(Verbesserung der Genehmigung und Aufsicht; keine weiteren Insider-Geschäfte und biased Incentives, „Übersetzung“ gemeinwohlorientierter Anliegen und Nachhaltigkeitserfordernisse in Form rechtlicher Vorgaben zur Behandlung unterschiedlicher Klassen von Anlagen, abhängig von spezifischen Ratinganforderungen)

### Einhegung Steuerparadiese

(deutliche Erhöhung des Drucks, automatischer Datenaustausch über Staatsgrenzen gemäß Vorschlag des Financial Stability Board und der OECD. Alle Wertschöpfungsprozesse wie ihrer finanziellen Seite sollten transparent sein und in fairer Weise Steuern zahlen; ggf. Kappen elektronischer Transaktionskanäle zu Steuerparadiesen)

### Engere Anbindung von Finanz-Instrumenten an die Realökonomie

(hohe Transparenz über Volumina und Halter von Finanzinstrumenten, Nachweis von Lieferfähigkeit, Verbot von Waretermingeschäften zwischen Finanz-Instituten ohne Bezug zu realen Geschäften)

### Leerverkäufe / Kreditabsicherung

(nur für Halter der versicherten realökonomischen Basis zulässig, generelle Bevorzugung echter Versicherungen; deutlich kleinerer Kredithebel in diesem Bereich)

### Verbot von Security Lending

(inklusive Derivate Lending)

### Regulierung von kritischen Märkten

(Nahrung, bestimmte Rohstoffe etc.)

### Deutliche Korrektur des „fair value Prinzip“ in der Bilanzierung

(Eigenkapital und Vermögenswerte, insofern als sie als Sicherheiten dienen, ehrlich, konservativer und vorsichtiger bewerten als bisher, gerade auch im Finanzsektor und im Bereich der Kreditgenerierung)

### Öffentlichkeit aller Finanz-, Handels- und Transaktionsinfrastrukturen

(Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrerstrukturen sind einer öffentlichen Aufsicht zu unterstellen)

### Reguläre Bankgeschäfte und Casino-geschäfte rigoros trennen

(Untersagen riskanter Eigenhandelsgeschäfte für Kreditinstitute)

### Verstärkte Corporate Governance und Corporate Social Responsibility Verpflichtungen der gesamten Finanzbranche

(Haftung und Steuerehrlichkeit, strafrechtliche Konsequenzen bei Missbrauch, z. B. bei Steuerdelikten und Insidergeschäften, Verunmöglichung steuerfreier Off-shore-Geschäfte, ggf. durch Isolation entsprechender Steuerparadies)

### Grenzen für Gehaltsexzesse

(Regulierungen auf G-20-Ebene zu Gehaltsstrukturen und Boni; korrespondierende Besteuerungsniveaus)

## Summary

Die risikofreie Rendite auf Basis best-gerateter Staatsschuldverschreibungen kann maximal die Höhe des jeweiligen Wirtschaftswachstums sein. In diesem Bereich müssen Staaten ihre koordinierte Macht bei der Emittierung von Staatsschuldverschreibungen in Spiel bringen und/oder muss Besteuerung greifen, mindestens so sehr wie bei Arbeitnehmern und im Mittelstand. Hohe Renditen im Finanzsektor können nur resultieren aus der Förderung von Wachstum durch Risikoübernahme und Finanzierung von Innovationen in der Realökonomie. Jedes solche Wachstum muss mit Nachhaltigkeit kompatibel sein, also innerhalb der ökonomischen Tragfähigkeit der Erde stattfinden, sowie vor allem auch der nachhaltigen Entwicklung, der Armutüberwindung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit dienen. Dies korrespondiert in wesentlichen Aspekten zum Konzept einer „Green Economy“ gemäß den UNEP Planungen für den Rio+20-Gipfel (Wirtschaftswachstum mit stark reduziertem Umweltverbrauch).

## 2. Realökonomie

### Weltweite Durchsetzung von vereinbarten Standards

(z. B. Durchsetzung der UN-Menschenrechte; der ILO-Vereinbarungen, der Millenniumsentwicklungsziele)

### Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens / des Eigentums

(Eigentum und Gemeinwohlorientierung gleichermaßen gesetzlich / regulativ fördern)

### Voraussetzung für Konsens über Standards schaffen

(Querfinanzierung sozialer und ökologischer Leitplanken; z. B. aus globaler Besteuerung)

### Bessere Regulierung innerhalb der WTO

(endlich Durchsetzung der Orientierung des Welthandels an Nachhaltigkeitszielen; Zulassung von Prozessstandards)

### Mindeststeuervolumen für Staaten

(abhängig vom „BIP“-Größe/pro Kopf, Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen)

### Automatischer Datenaustausch bei steuerlich-relevanten Vorgängen

(Durchsetzung des von Seiten des Financial Stability Boards und der OECD favorisierten automatischen Datenaustausch, zwischen Staaten in steuerrelevanten Fragen, im Finanzsektor sowie in der Realökonomie)

### Mindestlöhne zur Überwindung der Armut

(abhängig von der „BIP“-Größe pro Kopf; keine „Working Poor“)

### Mindestsozialstandards zur Überwindung der Armut

(abhängig vom „BIP“/pro Kopf)

### Stärkere Balance der Einkommensverteilung

(innerhalb des Spektrums der OECD Staaten führt mehr Balance zu besser funktionierenden Gesellschaften)

### Von der Weltgemeinschaft gemeinsam verantwortete Minimal-Allowance

(von z. B. 0,5 USD pro Tag für die Ärmsten zur endgültigen Überwindung des Hungers von Menschen)

### Ende der Begünstigung grenzüberschreitender Prozesse und Abläufe

(im Verhältnis zu Inlandsprozessen, z. B. bezüglich Transparenz, Sozialabgaben, Besteuerung)

### Strafrecht für Fehlverhalten

(Steuerbetrug, Insiderhandel, etc. als schwere Delikte strafrechtlich verfolgt und ahnden)

### Jederzeit transparente gemeinwohlorientierte Eigentumsverhältnisse

(über Mindestanforderungen an Besitzfristen und, wo erforderlich, Grundbuchqualitäten von und Verantwortungsübernahme für Besitz / keine anonymen Truststrukturen)

### Hohe Selbstverpflichtung auf Branchenebenen

(Durchsetzung über starke globale Branchenverbände / Beispiel: Semiconductor Industry Association)

### Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen

(zur Stärkung einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen weltweiten Ordnungsstruktur und Governance)

Für eine Realökonomie, die allen zugute kommt, nicht nur den „Stärksten“.

### **3. Reformen in Europa**

#### **Für ein stärkeres Europas**

(nur in Gemeinsamkeit kann Europa seine Interessen wahren und zu einer lebenswerten Zukunft beitragen)

#### **Weitere Schritte hin zu einer stärker bundesstaatlichen Struktur in Europa**

(Koordination von Wirtschaft, Steuern, Finanzen, Soziales, Umwelt)

#### **Europa als nachhaltiger Raum**

(sozial und bezüglich Umwelt, Ressourcen, Klima)

#### **New Deal für Europa**

(Wohlstand für die breite Bevölkerung)

#### **Enge Verschuldungsobergrenzen mittelfristig gemeinwohlorientiert durchsetzen**

(nach vorheriger gemeinwohlorientierte Entschuldung; primär finanziert aus der Besteuerung des Finanzsektors und grenzüberschreitender ökonomischer Aktivitäten)

#### **Supranationale Koordination und Aufsicht**

(falls Stabilitätsregeln und Abmachungen nicht eingehalten werden)

#### **Stärkere interne Querfinanzierung in Europa**

(höhere Transfers und interner Marshall Plan zugunsten europäischer Staaten mit niedrigem Wohlstandsniveau)

#### **Europa als nicht auflösbarer Haftungsverbund – Fiskalunion**

(wie die USA; spekulative Angriffe gegen einzelne EU-Staaten unmöglich machen)

#### **Strikte Vorgaben für Rating Agenturen in Europa**

(Vorgehen von Rating Agenturen, die aus dem EU Raum heraus für ihre Ratings bezahlt werden dürfen; Einbinden von Gemeinwohl- und Nachhaltigkeitsanforderungen)

#### **Erweiterung des Mandats der EZB bzw. des Rettungsschirms EFSF bzw. European Monetary Funds**

(Stärkung des europäischen Instrumentensystems, Etablierung eines Lender of last resort)

#### **Etablierung eines europäischen Staatsfinanzierers**

(ersatzweise: leistungsfähiges System von Eurobonds, langfristiges, risikofreies Zinsniveau für europäische Staatsanleihen unterhalb der Wachstumsraten der Realökonomie durchsetzen)

## Stärkung innereuropäischer Demokratieinstrumente

Eine stärker bundesstaatliche EU als ökosoziales Modell für die Welt.

### 4. Eine Ordnung der Balance

Das Geld- und Kreditsystem soll eine „dienende“ Rolle einnehmen. „Plündern“ darf sich nicht lohnen, weder im Geldsektor noch in der Realökonomie und auch nicht zu Lasten sozialer und ökologischer Anliegen

- (1) Der Markt muss haften (⇒ Fairer Stabilitätsmechanismus)
  - Stabilitätsabgabe: Eine Schwellgeldsteuer (Leverage Money Tax), eine Produktsteuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten
  - Geldumlaufsicherung: Das Horten von Zentralbankengeld bei allen Finanzinstituten unterbinden durch eine Maximalreservebegrenzung
- (2) „Sanfte“ Entschuldung, Ökosoziale Märkte (⇒ Stabilitätsmechanismus für Co-Finanzierung)
  - Gemeinwesen ausbauen für umweltgerechtes Wirtschaften
  - Stabilitätsabgabe zur Finanzierung von Bildung, alternative Energien etc.
- (3) Transparenz und Haftung (⇒ den Finanzsektor endlich einhegen)
  - „Grundbuch“ für Finanzprodukte
  - Öffentliche Ratingagentur
  - Niederstwertprinzip statt „fair value“ für Eigenkapital und Vermögenswerte
  - Das Monopol der Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrer brechen
- (4) Globale Fairness und Stabilität (⇒ Ein 7-Punkte-Plan für ein Weltfinanzsystem in Balance)
  - Bindende Umweltstandards auf UN Ebene
  - Bindende Sozialstandards auf ILO Ebene
  - Verfahrensstandards in der WTO, die auf Umwelt- und Sozialstandards Bezug nehmen
  - Globaler Vertrag: Co-Finanzierung von Standards
  - Harmonisierung der Steuersysteme und Stabilitätsabgabe
  - Schwellgeldsteuer / Leverage Money Tax zur Finanzierung von Balance
  - Fairer Stabilitätsmechanismus

**Ziel: eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**